

## Im Gespräch mit Ina Scharrenbach

Interview mit der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, Ina Scharrenbach, in dieser Ausgabe ab Seite 3.



Ministerin Ina Scharrenbach und DBB NRW Vorsitzender Roland Staude

© MHKBD NRW

### Einkommensrunde

## Forderung nach 10,5 Prozent Erhöhung und mehr Anerkennung

Einkommensrunde: kein Angebot der Arbeitgeber der Länder in den ersten beiden Verhandlungsrunden

Erwartungsgemäß haben die Arbeitgeber der Länder für deren Beschäftigte in der ersten Verhandlungsrunde am 26. Oktober 2023 in Berlin kein Angebot vorgelegt. Dabei gibt es objektiv einen massiven Handlungsbedarf. Die Länder als Dienstherrn hätten für ihre Beamtinnen und Beamten sowie die der Kommunen allein aus Gründen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation und angemessenen Teilhabe an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung Vorschläge machen müssen.

Zuvor hatte der dbb beamtenbund und tarifunion am 11. Oktober 2023 nach Auslaufen des Tarifvertrages für

die Beschäftigten der Länder am 30. September 2023 seinen Forderungsbeschluss für die Tarifrunde formuliert, u. a. sol-



Akteure für den DBB NRW: Himmet Ertürk, Andreas Hemsing, Ulrich Silberbach, Volker Geyer, Roland Staude (v. l.)

© DBB NRW

### 5 PASSgenau, transparent und sicher

Ausschussanhörung  
über den Personal-  
haushalt 2024



### 6 Mit kreativen Ideen zu mehr Attraktivität

Podiumsdiskussion  
der SPD-Fraktion



### 7 Elke Janßen wiedergewählt

Landes-  
gewerkschaftstag  
der GdS NRW

len die Tabellenentgelte der Beschäftigten um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich erhöht werden.

Ziel des dbb ist es, für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder die gleichen Bedingungen durchzusetzen, wie sie bereits Ende April für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes erstritten wurden.

**Roland Staude**, 1. Vorsitzender des DBB NRW, zum Forde- rungsbeschluss: „Zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes bedarf es wettbewerbsfähiger Gehälter gegenüber der Privatwirtschaft und den Gebietskörper-

schaften. Zudem muss der Tarifabschluss auch eine Anerkennung gegenüber allen Beschäftigten ausdrücken, die zunehmender Bedrohung und Gewalt ausgesetzt sind. Das betrifft inzwischen ja nicht mehr nur Beschäftigte bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten, sondern, nach einer kürzlich vorgestellten Studie des dbb, flächendeckend auch Lehrer, Pflegekräfte, Förster, Tierärzte und Angestellte öffentlicher Einrichtungen.“

An erster Stelle hängt der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst nach Ansicht des DBB NRW mit der ungenügenden Einkommenssituation zusam-



Demonstranten vor dem Tagungsgebäude der ersten Verhandlungsrunde; vorne im braunen Mantel: Andreas Hemsing, Vorsitzender der DBB NRW Tarifkommission und stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission

© Friedhelm Windmüller



Die im vdl organisierten Beschäftigten des Universitätsklinikums (UK) Bonn beim Warnstreik am 27. Oktober 2023

© Robert Prell

men. Da nicht nur die Einstiegsgehälter in der Privatwirtschaft deutlich höher sind, ist der öffentliche Dienst bei jungen Leuten längst kein attraktiver Arbeitgeber mehr. Auch die mangelhafte Digitalisierung sowie fehlende Entwicklungsperspektiven tragen dazu bei.

Betroffen sind von der Einkommensrunde der Länder etwa 3,5 Millionen Menschen, die sich aus Tarifbeschäftigten der Bundesländer (außer Hessen), Beamtinnen und Beamten der entsprechenden Länder und Kommunen sowie deren Versorgungsempfängerinnen

und Versorgungsempfänger zusammensetzen.

Der dbb und seine Mitglieds- gewerkschaften werden ihre Warnstreiks, Mahnwachen und Straßenblockaden fortsetzen, um den Arbeitgebern vor der nächsten Verhandlungsrunde deutlich zu machen: Die Kolleginnen und Kollegen stehen hinter den Forderungen des dbb und verlangen endlich echte Wertschätzung.

Da auch die zweite Verhandlungsrunde ergebnislos verlaufen ist, wird nun ein Angebot bei der dritten und letzten Runde am 7. bis 9. Dezember 2023 erwartet.

## Wir erwarten schwierige Verhandlungen

Andreas Hemsing zur Einkommensrunde der Länder

**Drei Fragen an Andreas Hemsing als Vorsitzender der DBB NRW Tarifkommission und stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission zu der Einkommensrunde der Länder.**

**DBB NRW Magazin:** Der dbb beamtenbund und tarifunion will in der Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder die gleichen Bedingungen durchsetzen, wie sie bereits Ende April für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes erstritten wurden. Wie realistisch schätzen Sie ein, dass dies gelingen?

**Andreas Heming:** Das Ergebnis für die Beschäftigten von Bund und Kommunen ist im

Frühjahr nach zähem Ringen und hoher Mobilisation der Beschäftigten entstanden. Sie haben sich für ihre berechtigten Interessen eingesetzt und gezeigt, dass sie nicht gewillt sind, sich mit dem unzureichenden Angebot der Arbeitgeber abspesen zu lassen. Für die Tarifrunde der Länder erwarten wir erneut schwierige Verhandlungen. Auch dieses Mal werden Aktionsbereitschaft, Sichtbarkeit und Solidarität der Schlüssel sein.



Andreas Hemsing

© DBB NRW

**DBB NRW Magazin:** Was ist anders bei der Tarifrunde der Länder als bei der für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes?

**Andreas Heming:** Anders ist, dass im Nachgang dieser Tarifrunde die Gespräche zur Besoldungsanpassung für die Beamtinnen/Beamten und



Versorgungsempfänger/innen der Länder und Kommunen auf die beteiligten Bundesländer zukommen. Bei der Tarifrunde für Bund und Kommunen ging es im Frühjahr nachträglich ausschließlich um die Beamtinnen/Beamten und Versorgungsempfänger/innen des Bundes.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) muss größer denken. Das haben sie bei der

am 26. Oktober gestarteten Verhandlungsrunde natürlich im Hinterkopf. Das für die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen benötigte Volumen wird von ihnen gedanklich schon eingerechnet. Die Länder haben unterschiedliche finanzielle Ausstattungen. Einige tun sich daher schwerer als andere mit der berechtigten Forderung nach zeit- und inhalts-gleicher Übertragung für die Verbeamteten. Diese Voraus-

setzungen verkomplizieren die internen Verhandlungen der TdL.

**DBB NRW Magazin:** Setzen Sie auf die Unterstützung der Mitglieder des dbb beamtenbund und tarifunion und seinen Mitglieds-gewerkschaften?

**Andreas Heming:** Sicher stehen die Beschäftigten hinter den berechtigten Forderungen und werden sich für die eigene Einkommensentwicklung

einsetzen. An dieser Stelle sei betont, dass es entscheidend auf die Sichtbarkeit aller Beschäftigten ankommt. Ich gehe fest davon aus, dass die von der Tarifrunde direkt und indirekt betroffenen Kolleginnen und Kollegen ihren begründeten Forderungen Ausdruck verleihen und für einen Ausgleich der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten sowie mehr Wertschätzung eintreten. ■

## Interview

## Einstieg in die Lösung der Altschulden zum kommunalen Haushaltsjahr 2025

Im Interview: Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung, Ina Scharrenbach

**Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, und Hans-Joachim Klein, Chefredakteur des DBB NRW Magazins, haben der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBD), Ina Scharrenbach, Fragen gestellt. Beispielsweise zu der von der Landesregierung beabsichtigten Einrichtung eines Altschuldenfonds für die Kommunen.**

**DBB NRW Magazin:** In der letzten Legislaturperiode waren Sie bereits Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung verantwortlich. Nun haben Sie die Ressortverantwortung für das Thema Gleichstellung an ein grünes Ressort verloren und dafür den Bereich Digitalisierung übernommen. Hatten Sie sich den Zuschnitt Ihres neuen Ressorts gewünscht, was ist anders als zuvor?

**Ina Scharrenbach:** Mit der Zuständigkeit für die Digitalisierung ist nun ein technischer Bereich zu meinem Ressort hinzugekommen. Das Thema ist natürlich ganz anders zu behandeln, als meine damalige Zuständigkeit für „Gleichstellung“, bei der sehr viele soziale Fragen im Fokus stehen.

**DBB NRW Magazin:** Viele Kommunen sind verschuldet und damit nur bedingt handlungs-

fähig. Sie wollen einen Altschuldenfond einrichten, der für die teilnehmenden Kommunen eine substanzielle und bilanzielle Entlastung bringen soll. Wie weit ist das Vorhaben gediehen?

**Ina Scharrenbach:** Wir haben als Landesregierung im Kabinett am 21. Juni dieses Jahres die sogenannten Eckpunkte der Gemeindefinanzierung beschlossen. Und damit das erste

Mal als Landesregierung überhaupt eine diskutabile Lösung auf den Tisch gelegt, wie wir mit den Liquiditätskrediten umgehen wollen.

Die letzten sechs Wochen – in der parlamentarischen Sommerpause – waren ungeheuer arbeitsintensiv. Wir haben mit den Gemeinden, Kreisen und den kommunalen Spitzenverbänden diskutiert, wie wir uns

ein konkretes Modell vorstellen. Zugleich haben sich die Rahmenbedingungen für die Kommunen weiter verschlechtert: rund 603 Millionen weniger an Gemeindeanteilen an Einkommensteuer und Umsatzsteuer, ein Wachstumschancengesetz der Bundesregierung, mit dem wieder in die kommunalen Kassen gegriffen werden soll. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung



Ina Scharrenbach und Roland Staude

© MHKBD NRW (2)

entschieden, dass der Einstieg in die Lösung der Altschulden zum kommunalen Haushaltsjahr 2025 erfolgen soll.

**DBB NRW Magazin:** Viele Kommunen drängen auf Verbesserungen auch für ihre Beschäftigten (z. B.: Deutschlandticket). Oftmals wird von einer kommunalen Öffnung gesprochen. Ist es da schwierig, dass das Dienstrecht im Innenministerium konzentriert ist?

**Ina Scharrenbach:** Ja, und dort wird es auch behandelt. Wenn wir eine Optionslösung machen würden, dann wäre das Ergebnis, dass die Kommunen, die über ausreichend Haushaltsmittel verfügen, diese nutzen würden. Und die anderen Kommunen eben nicht. Das wäre nicht klug.

**DBB NRW Magazin:** Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind von Inflation und den erhöhten Energiekosten betroffen. Ihr Haus hat Härtefallhilfen für Öl, Pellets und Flüssiggas auf den Weg gebracht. Was kann man sich darunter vorstellen?

**Ina Scharrenbach:** Wir haben zunächst lange mit der Bundesregierung darüber verhandelt bis wir eine Vereinbarung hatten. Das Ganze muss in ein Antragsverfahren überführt und bearbeitet werden. Ich mache kein Hehl daraus, dass ich von diesen „Härtefall-Programm“ in der Art der Umsetzung nichts halte, weil es auf eine ohnehin bereits belastete Mitarbeiterschaft trifft.

Man hätte sowohl für Unternehmen als auch für Privatleute die Angelegenheit über die Steuererklärung abwickeln sollen. Das hätte für alle Beteiligten Ressourcen gespart. So haben wir es jetzt mit einem Riesenverwaltungsaufwand zu tun. Die Härtefallhilfe des Bundes für Öl, Pellet und Flüssiggas kostet im Verwaltungsverfahren das Land Nordrhein-Westfalen derzeit rund 10 Millionen

Euro. Rund 10 Millionen Euro an Härtefallhilfen sind bisher auch bewilligt worden.

Zwar wird der Verwaltungsaufwand bundeseitig erstattet, aber eigentlich ist es unsinnig verausgabtes Steuergeld. Das hätte über die Finanzämter effizienter und effektiver abgewickelt werden können. Wir



Im Gespräch: Hans-Joachim Klein, Ina Scharrenbach und Roland Staude (v. l.)

tragen einen Aufwand, der im Verhältnis zum Ertrag für den Bürger nicht angemessen ist.

**DBB NRW Magazin:** Wir beklagen, dass immer mehr Aufgaben für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anfallen, diese die aber wegen zunehmend fehlender personeller Ressourcen nicht mehr bewältigen können.

**Ina Scharrenbach:** Die Aufgaben nehmen auch hier in meinem Ressort zu: immer mehr Ausführungsgesetze des Bundes, verbunden mit entsprechenden Kontrollpflichten. Hinzu kommen noch die neuen Aufgabenstellungen aus dem Land selbst. Und das trifft alles auf eine von der Ist-Besetzung her immer geringer werdende Belegschaft.

Wir haben ganz häufig Stellenausschreibungen, die wir gar nicht mehr besetzt bekommen. Daher muss man mit Blick auf die immer knapper werdenden personellen Ressourcen überlegen, welche Routineaufgaben über eine Digitalisierung den Mitarbeitern abgenommen werden können oder welche Aufgaben in der Zukunft auch wegfallen können.

**DBB NRW Magazin:** Sie wollen u. a. den Landesbetrieb „IT.NRW“ mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit ausstatten und die öffentlichen Rechenzentren des Landes zu einem starken, resilienten Rechenzentrumsverbund zusammenführen. Nicht zuletzt mit Blick auf die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

fragen wir, wie wir uns das konkret vorstellen müssen?

**Ina Scharrenbach:** Der Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen hat konkrete Aussagen getätigt, was die rechtliche Verselbstständigung angeht. Aber ich finde, bevor man sich damit befasst, muss man die Frage stellen, was ist Ziel und Aufgabe. Dazu gehören grundlegende Fragen, die Fragen für die IT in der Landesverwaltung, was die technische IT-Architektur angeht. Und wir leben in eine sehr heterogene IT-Landschaft innerhalb der Landesregierung mit den Mittelbehörden und den nachgeordneten Behörden. Und schließlich: Wenn ich den Output vom bundesweit größten IT-Landesbetrieb IT.NRW zu dem von Dataport (IT-Dienstleister für die öffentliche Verwaltung) als Mehrländereinheit ins Verhältnis setze, ist dieser noch verbesserungswürdig.

**DBB NRW Magazin:** Ich könnte mir vorstellen, dass diese in Aussicht genommene Verselbstständigung auch damit zusammenhängt, dringend notwendiges IT-Personal besser anwerben zu können.

**Ina Scharrenbach:** Es ist ein offenes Geheimnis, dass die öffentliche Hand Probleme hat, IT-Stellen zu besetzen. Das hängt mit dem Tarifgefüge zusammen. Aber ich glaube und hoffe, dass es immer noch Menschen gibt, die die Aufgabe, daran mitzuwirken, diesen Tanker Deutschland oder Nordrhein-Westfalen in eine digitale Zukunft zu führen, für sich spannend finden.

**DBB NRW Magazin:** Die Beteiligung der Personalvertretung würde bei einer Verselbstständigung dann aber auch damit einhergehen?!

**Ina Scharrenbach:** Das ist natürlich selbstverständlich. Auch gerade wenn man so ein gewaltiges Projekt vorhat, muss man zunächst mit der Personalvertretung sprechen. Dafür bräuchte ich noch nicht mal ein Gesetz, um dies zu tun. Das ist schlichtweg sinnvoll.

**DBB NRW Magazin:** Das Thema künstliche Intelligenz (KI) ist ja nicht vom Himmel gefallen. Ist das nicht auch ein Thema, mit dem Sie sich jetzt auseinandersetzen müssen?

**Ina Scharrenbach:** Wir haben einmal das Thema künstliche Intelligenz im Wissenschaftsministerium, dann im Wirtschaftsministerium und bei mir im Digitalministerium.

KI kann helfen – absolut. Ich hoffe, dass die Personalvertretungen damit zurechtkommen. In der letzten Periode habe ich die Erfahrung gemacht, dass, wenn etwas im Zusammenhang mit der Digitalisierung auf den Weg gebracht wurde, was noch nicht einmal KI gestützt war, es ganz häufig von den Personalvertretungen eine zeitliche Verzögerung gab. Dabei soll KI doch eigentlich helfen. Deshalb darf man keine Angst haben.

**DBB NRW Magazin:** Herzlichen Dank für das Gespräch. ■

## Die 60 muss bleiben!

Protest gegen beabsichtigte Anhebung der Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre

Am 26. Oktober 2023 kamen rund 400 Feuerwehrleute aus ganz NRW in Düsseldorf vor dem Landtag zusammen. Unterstützt von der komba gewerkschaft nrw und ver.di setzten sie ein klares Zeichen: Hände weg von der Altersgrenze!

Die im Raum stehende Anhebung der Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre durch die Landesregierung trifft auf massiven Widerstand. Dieses Vorhaben gefährdet nicht nur die Attraktivität des Berufes für zukünftige Anwärterinnen und Anwärter, sondern verschärft auch die bereits existierenden Personalprobleme.

Doch vor allem der gesundheitliche Aspekt steht im Mittel-

punkt der Kritik: Feuerwehrleute sind im Einsatz enormen Belastungen ausgesetzt. Dazu zählen das Tragen schwerer Ausrüstung, das Bekämpfen von Bränden unter extremen Bedingungen, das Retten von Personen aus gefährlichen Situationen, die ständige Exposition gegenüber Rauch und toxischen Dämpfen, lange und unregelmäßige Arbeitszeiten sowie die psychische Belastung durch den Umgang mit oft

### Hände weg von der Altersgrenze! Der Landesregierung den Rücken zeigen



Feuerleute drehen der Landesregierung den Rücken zu

© Christian Kratzsch | DBB NRW

traumatischen Situationen. Mit über 60 Jahren könnten solche körperlich und geistig intensiven Tätigkeiten zu einer erheblichen Belastung werden, wodurch das Risiko von Verletzungen oder gesundheitlichen Problemen potenziell ansteigen könnte.

Der DBB NRW fordert die Landesregierung auf: Dreht unseren Feuerwehrleuten nicht den Rücken zu. Sie sind immer für uns da, seid ihr auch für sie da? Die Gesundheit und Sicherheit unserer Feuerwehrleute müssen immer an erster Stelle stehen! ■

## DBB NRW kontert mit Alternativvorschlag dem Griff des Finanzministers in die Pensionskasse

Ausschussanhörung im Landtag NRW über den Personalhaushalt 2024

Anlässlich der Ausschussanhörung am 18. Oktober 2023 im Landtag NRW über den Personalhaushalt 2024 erklärt der DBB NRW Beamtenschaft und Tarifunion fehlendes Verständnis dafür, im Rahmen eines Änderungsgesetzes zum Pensionsfondsgesetz die Abschöpfung der Gewinne aus dem Pensionsfonds weit vor dem Höchststand der Pensionsausgaben im Jahr 2028 vorzunehmen.

Weiterhin kritisiert der DBB NRW die Streichung weiterer Zuführungen durch das Land. Zwar soll hierdurch der Kapitalstock unangetastet bleiben, dieser wird aber laufend durch die hohe Inflation substanzial entwertet und immer weniger auskömmlich.

Anlass dieser Gesetzesinitiative zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann laut **Roland Stauder**, 1. Vorsitzender des DBB NRW, nur die gegenwärtige Haushaltssituation des Landes Nordrhein-Westfalen sein und nicht die Entwicklung der Pensionsausgaben.

Nach Auffassung des DBB NRW diskreditiert bereits die Wortwahl der Pensionsausgaben als „Pensionslasten“ die Lebensleistung der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Der DBB NRW hat selbstverständlich grundsätzlich Verständnis dafür, dass zur (teilweisen) Deckung der Ausgaben für die Pensionen Mittel aus dem hierfür gebildeten Pensionsfonds entnommen werden. Die Art und Weise sowie der Zeitpunkt müssen aber generationengerecht und nachhaltig sein. Dies gewährleistet das derzeit geplante Entnahmegesetz nicht.



Vertreter des DBB NRW bei der Anhörung: Roland Stauder (Vorsitzender) und Andrea Sauer-Schnieber (stellv. Vorsitzende)

© Marcus Michel | DBB NRW

### PASSgenau, transparent und sicher

Der DBB NRW schlägt daher zur passgenauen Finanzierung und zukunftssicheren Absicherung der Pensionsausgaben ein „Pensionsausgabensicherungssystem (PASS)“ mit dem Ziel vor, nach der aktiven Zeit für die Beamtinnen und Beamten einen Kostendeckungsgrad der Pensionen von 70 Prozent sicherzustellen.

Dieses Modell wurde bereits in der Oktoberausgabe des Behörden Spiegels vorgestellt. Für die Finanzierung von „PASS“ schlägt der DBB NRW folgendes Verfahren vor:

Durch den strukturell bereits erbrachten Eigenanteil der Beamten und Versorgungsempfänger an der ehemaligen Versorgungsrücklage durch dauerhaften Verzicht der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfänger auf 1,6 Prozent der



Besoldung und Versorgung, in Summe etwa 700 Millionen Euro jedes Jahr; die Einsparungen des Landes durch Absenkung des Versorgungsbetrages von 75 Prozent auf 71,75 Prozent, in Summe 3,25 Prozentpunkte, sowie einer Zweckgebundenheit eines Teils der nicht verausgabten Personalkosten aus den

rund 26 000 unbesetzten Stellen im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der DBB NRW verweist bei der Finanzierung von „PASS“ insbesondere auf die im Entwurf des Landeshaushaltes für 2024 – wie auch schon in den vergangenen Jahren – bereits fest ein-

gestellten Finanzmittel für rund 26 000 unbesetzte Personalstellen.

Dem Land gelingt es offenbar seit Jahren nur unzureichend, sich gegen die Konkurrenz der Privatwirtschaft im Kampf um die besten Köpfe durchzusetzen, um dringend benötigtes

Fachpersonal für den Landesdienst zu gewinnen. Nach Ansicht des DBB NRW droht dem Land hierdurch nicht nur ein personalwirtschaftlicher Kollaps, sondern auch durch den ausbleibenden Wissenstransfer ein Verlust an fachpraktischen Erfahrungen ungeahnten Ausmaßes.

## Mit kreativen Ideen zu mehr Attraktivität

Erfahrungsaustausch und Impulse zur Attraktivitätssteigerung auf Podiumsdiskussion der SPD-Fraktion

**Der Staat steht in direkter Konkurrenz zu privaten Arbeitgebern, die schon viel stärker ein neues Verständnis von Arbeit in Zeiten von Digitalisierung zeigen. Was muss also geschehen, damit der öffentliche Dienst wieder als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird und das Vertrauen in die staatlichen Institutionen gewahrt bleibt?**

Auf einer Podiumsdiskussion der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen kamen am Abend des 17. Oktober 2023 der DBB NRW und der DGB NRW mit zahlreichen Veranstaltungsteilnehmenden ins Gespräch über den „Öffentlichen Dienst mit Zukunft“.

Allein in der Landesverwaltung NRW fehlen mehr als 20 000 Fachkräfte, bundesweit sind sogar 360 000 Vollzeitstellen unbesetzt. Viele Bedienstete scheidern zudem demnächst aus Altersgründen aus.

Die Anforderungen an staatliche Institutionen und den öffentlichen Dienst steigen – ungeachtet dieses immensen Fachkräftemangels: Polizei und Justiz sollen schneller

und präsenter agieren, an den Schulen sollen Kinder individueller gefördert werden, die Genehmigungsverfahren im Bereich Bauen, aber auch bei Förderprogrammen müssen beschleunigt werden.

Unsere Gesellschaft benötigt dringend eine Kehrtwende, welche die Bedürfnisse künftiger wie heutiger Beschäftigter stärker in den Blick nimmt, Arbeitszufriedenheit erhöht, Krankenstände reduziert und Belastungen, insbesondere durch eine zeitgemäße Digitalisierung, verringert.

Notwendig sind, da waren sich alle Teilnehmer einig, moderne und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, die flexibel auf die



Diskussionsteilnehmer/innen: Christian Dahm (MdL), Roland Staude (DBB NRW), Carolin Kirsch (MdL), Anja Weber (ver.di) und Jochen Ott (MdL) (v. l.)

verschiedenen Lebensphasen der Beschäftigten Rücksicht nehmen: attraktive Arbeitszeiten, finanzielle Anreize in Form von Zulagen, mehr Möglichkeiten mobilen Arbei-

tens und eine gute Ausstattung des Arbeitsplatzes, aber auch kreative Ideen für eine nachhaltige Attraktivitätssteigerung – die Privatwirtschaft macht es vor.



Roland Staude mit Mitgliedern der DBB NRW Landesjugendleitung auf der Veranstaltung, u. a. mit der Vorsitzenden Susanne Aumann (3. v. l.)

## Social-Media-Adventskalender des DBB NRW öffnet bald das erste Türchen

**Die Tage werden kürzer, die Nächte kälter – die Weihnachtszeit steht vor der Tür.**

Zur Feier der diesjährig gestarteten Social-Media-Kanäle hat der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion einen besonderen Adventskalender für seine Mitglieder gestaltet. An jedem der vier Adventssonntage winken spannende Gewinnchancen auf unvergessliche Momente. Alle Einzelheiten sowie die Teilnahmebedingungen werden in Kürze auf den Instagram- und Facebook-Seiten veröffentlicht.

Verpassen Sie keine dieser festlichen Überraschungen und folgen Sie dem DBB NRW jetzt auf Social Media.



© rfrphoto/Depositphotos.com

## Aktuelles und Themen von „gesund älter werden“ bis zum „digitalen Erbe“

DBB NRW Seminar für Seniorenvertreterinnen und -vertreter

Vom 19. bis 21. September 2023 trafen sich Seniorenvertreterinnen und -vertreter der Fachgewerkschaften im DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion erstmals in Mönchengladbach im Hotel Leonardo zum diesjährigen Seminar.

Zum Einstieg referierte **Jan Oliver Krzywaneck**, stellv. Leiter des Geschäftsbereichs Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Frauen, Jugend, Senioren im dbb berlin über die Leistungen der Pflegeversicherung, die letzten Reformschritte und die daraus resultierenden Änderungen sowohl in der stationären wie auch in der ambulanten Pflege.

Am zweiten Tag informierte die Vorsitzende der DBB NRW Seniorenvertretung, **Mathia Arent-Krüger**, über aktuelle Themen aus der Seniorenpolitik des DBB und der Politik: das Ergebnis der Einkommens-

runde TVöD, das Ende Mai beschlossene Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz.

Den Vorsitzenden des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, **Roland Staude**, konnten die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer als zweiten Referenten an diesem Vormittag begrüßen. Er berichtete über Aktuelles aus der Arbeit des DBB NRW, vor allem über die Kontakte und Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung und den demokratischen Fraktionen im Landtag. Er stellte u. a. die angespannte finanziel-



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars mit Mathia Arent-Krüger (vorne 2. v. r.) und Roland Staude (vorne 3. v. l.)

© DBB NRW Seniorenvertretung

le Situation des Landes dar mit den teilweise durch den Bund initiierten Maßnahmen, die auf die Länderfinanzen zugreifen.

Gesund älter werden und durch ausgewogene Ernährung Mangelerscheinungen vorzubeugen war das Thema, mit dem sich die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer am Nachmittag beschäftigten. Die Referentin der ess-concept-Beratung, einer Praxis für Ernährungsberatung und Ernährungstherapie in Bonn, **Dr. Franke-Ullmann**, vermittelte kompetent, informativ und sehr kurzweilig, dass es gerade

im Alter auf eine ausgewogene Ernährung und Entspannung ankomme.

Mit Spannung erwarteten die Teilnehmerinnen und -teilnehmer den Referenten des letzten Vormittags zum Thema „Anders erben – was passiert mit meinem digitalen Erbe?“. Der Referent, Rechtsanwalt **Nils Michael Becker**, gab zunächst einen Überblick über mögliche digitale Daten, die zum Erstaunen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer jeder in mehr oder weniger großem Umfang angesammelt hat und mit denen er arbeitet. **MAK**

### DBB intern

## Landesgewerkschaftstag der GdS NRW: wichtige Impulse für die Sozialversicherung

Elke Janßen als Landesvorsitzende wiedergewählt

Zum öffentlichen Teil des Landesgewerkschaftstages der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) am 20. Oktober 2023 in der Sportschule Kaiserau in Kamen waren acht Rednerinnen und Redner eingeladen.

Die Gästeliste wurde angeführt vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, **Karl-Josef Laumann**, ihm folgte der Bundesvorsitzende der GdS, **Maik Wagner**. Der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, **Roland Staude**, wurde krankheitsbedingt durch das Vorstandsmitglied **Astrid Walter-Strietzel** vertreten.

Für die AOK Rheinland/Hamburg sprach das Mitglied des Vorstandes, **Sabine Deutscher**, für die Deutsche Rentenversicherung Rheinland sprach die Direktorin in der Geschäftsführung, **Karen Perk**, für die AOK NordWest sprach der Vorstandsvorsitzende **Tom Ackermann**, für die BG Bau Region Mitte der Regionalgeschäftsführer **Christopher Wohland** und zum Abschluss des Vormit-



Tom Ackermann, Sven Both, Christopher Wohland, Sabine Deutscher, Frank Bäumer, Petra Reicherdt, Minister Karl-Josef Laumann, Melanie Scheffler, Elke Janßen, Astrid Walter-Strietzel, Karen Perk, Maik Wagner, Thomas Kniwel (v. l.)

© Friedhelm Windmüller

tags noch der Leiter des Referates Unternehmenskommunikation der Knappschaft-Bahn-See (KBS), **Martin Böckmann**. Die vielen Redner gaben umfassende und tiefgreifende Impulse zu den einzelnen Zweigen der So-

zialversicherung. Minister Laumann stellte im Besonderen die Anforderungen an sein Ministerium für eine gute Sozialpolitik dar. Im nicht öffentlichen Teil wurde der neue Landesvorstand gewählt. ■

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (1. Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.

**Chefredakteur:** Hans-Joachim Klein

**Redaktion:** Mathia Arent-Krüger, Markus Klügel, Marcus Michel

**Redaktionsschluss:** am 15. jeden Monats.

**Hinweis:** Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

**Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

**Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0, **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 45, gültig ab 1.1.2023. **Ständige Beilage:** dbb magazin. **ISSN 1438-2989**

# Praxisworkshop „SHE connects“ am 11. November

Wann hat man schon mal Gelegenheit, einer Polizeipräsidentin, einer Beigeordneten, der Vorsitzenden der dbb bundesfrauenvertretung oder einer jungen Bürgermeisterin Fragen über ihren Werdegang, ihren Beruf oder ihr Privatleben zu stellen? Genau diese Chance bot sich den Teilnehmenden der dbb jugend nrw Reihe „SHE connects | Frauen im Fokus“. Am 11. November findet nun in Düsseldorf ein Praxisworkshop zum Thema statt.

In digitalen Abendrunden trafen interessierte Mitglieder der dbb jugend nrw bislang auf vier spannenden Frauen: **Alexandra Dorndorf, Milanie Kreutz, Britta Zur und Sarah Süß.** Sie alle haben unterschiedliche Viten und doch eines gemeinsam: ihre Geschlechtszugehörigkeit. Wünschenswert wäre, dass dieses Merkmal in unserer Gesellschaft keinen Unterschied macht.

Doch die Realität sieht leider anders aus. Genau darum ging es bei den bisherigen Gesprächen. Grundlage dafür waren Fragen rund um eigene Erfahrungen als Frau in einer Führungsposition, Aufstiegswege, Möglichkeiten für die Schaffung von Gleichberechtigung und die Vereinbarkeit von Familie und Karriere.



## SHE CONNECTS FRAUEN IM FOKUS



© dbb jugend nrw

„Teilzeit und Beurlaubung“, „Sexuelle Gewalt“ und „Networking in Beruf, Politik und Gewerkschaft“ gibt es viel Raum für Diskussion, Austausch und Networking.

Die dbb jugend nrw freut sich auf zahlreiche Anmeldungen von zahlreichen Mitstreiterinnen und Mitstreitern! Mehr Infos und das Anmeldeformular gibt es hier:

<https://dbbjnrw.de/praxisworkshop-she-connects-am-11-november/>

MK

Jetzt anmelden!



Für alle, die bisher dabei waren und auch alle, die noch keinen der bisherigen Online-Termine besucht haben, gibt es nun die Möglichkeit, dieses Thema auch in Präsenz zu diskutieren: beim „SHE connects | Frauen im Fokus – der Praxisworkshop“ am 11. November von 9.30 bis 16.30 Uhr in Düsseldorf. Die dbb jugend nrw begrüßt an

diesem Tag die Vorsitzende der Landesfrauenvertretung des DBB NRW, **Diana Wedemeier**, sowie die Beisitzerin in der Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung, **Tanja Küsgens**, in den Räumlichkeiten des DBB NRW (Ernst-Gnoß-Straße 24 in 40219 Düsseldorf). In spannenden Workshops zu Themen wie